

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

23. Mai 2018

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 sind die Kantonsregierungen eingeladen worden, zu rubrizierter Gesetzesänderung Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Harmonisierung des schweizerischen internationalen Erbrechts (Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht [IPRG]) mit der Europäischen Erbrechtsverordnung (EuErbVO) zwecks Verhinderung sich widersprechender Entscheidungen wird begrüsst. Das Ziel einer verbesserten Koordination der Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln ist zu unterstützen. Als Minimum ist anzustreben, dass die mit einer Erbschaft befassten Behörden verschiedener Staaten nach Möglichkeit dasselbe materielle Recht anwenden. Kompetenzkonflikte sollen – wenn immer möglich – vermieden werden. Auch weiteren Änderungs-, Ergänzungs- oder Klarstellungsbedürfnissen soll Rechnung getragen werden, die sich seit Inkrafttreten des IPRG in Rechtsprechung und Lehre ergeben haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- ipr@bj.admin.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 25. Mai 2018

Eidg. Vernehmlassung: Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht) bis zum 31. Mai 2018 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

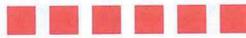
Die Ausführungen im erläuternden Bericht sind nachvollziehbar. Der Regierungsrat kann diesen Überlegungen und der Vernehmlassungsvorlage zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Appenzell, 11. Mai 2018

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG, Bereich Erbrecht) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG, Bereich Erbrecht) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Vorlage geprüft und begrüsst sie. Indem das schweizerische internationale Erbrecht teilweise mit der Europäischen Erbrechtsverordnung (EuErbVO) harmonisiert werden soll, werden widersprechende Entscheide aus verschiedenen Ländern weitest möglich vermieden. Dies dient dem Rechtsfrieden und der Planungssicherheit der direkt betroffenen Personen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- jpr@bj.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

25. Mai 2018

No. _____

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (*ipr@bj.admin.ch*)

23. Mai 2018

RRB-Nr.: 568/2018
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen 11.36-18.8 SHM
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale
Privatrecht (Erbrecht).
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur erwähnten Vorlage Stellung nehmen zu können.
Der Kanton Bern möchte dazu folgende Bemerkungen anbringen:

Die uns zur Vernehmlassung zugestellte Revisionsvorlage betrifft das 6. Kapitel des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht, welches die Zuständigkeit der schweizerischen Behörden und das von ihnen anzuwendende Recht in grenzüberschreitenden Erbfällen sowie die Anerkennung von ausländischen, einen Nachlass betreffenden Rechtsakten regelt. Das Hauptziel der Gesetzesrevision ist die teilweise Harmonisierung des schweizerischen internationalen Erbrechts mit der am 16. August 2012 in Kraft getretenen Verordnung (EU) Nr. 650/2012 (Europäische Erbrechtsverordnung, EuErbVO), welche die analogen Gegenstände in Bezug auf ihre Mitgliedstaaten regelt. Das damit verfolgte Ziel, sich widersprechende Entscheidungen zu verhindern, wird ausdrücklich begrüsst.

Der Koordinationsbedarf wird im Bericht des Bundesrates anschaulich ausgewiesen; inhaltlich ist die weitgehend technische Materie vom willkommenen Bestreben getragen, die Schweiz hinsichtlich grenzüberschreitender Erbstreitigkeiten in den europäischen Rechtsraum einzubinden.

Ausdrücklich zu begrüßen ist sodann das Anstreben einer praxisfreundlichen Regelung: So soll den schweizerischen Behörden im Zusammenhang mit ihrer Auffangzuständigkeit zu Recht ein gewisser Ermessensspielraum gewährt werden. Wichtig erscheint weiter, dass der bundesrätliche Vorschlag nicht zu einer Verschlechterung der Stellung der Auslandschweizer und -schweizerinnen führt. Ihre Rechtslage wird im Gegenteil gar verbessert, indem ihnen mehr Privatautonomie zugestanden wird.

Aus Sicht der Praxis ist schliesslich darauf hinzuweisen, dass im Nachgang zur Revision auch die Aufhebung des praktisch bedeutsamsten Staatsvertrags mit dem Nachbarland Italien, der den Bestimmungen des IPRG vorgeht, angestrebt werden sollte. Denn dieser Vertrag enthält wesentliche Abweichungen sowohl von der Regelung des IPRG als auch von derjenigen der EuErbVO. Es wäre ein erheblicher Schönheitsfehler, wenn ein wichtiges Nachbarland aufgrund eines über hundertjährigen Staatsvertrags vom einheitlichen Rechtsraum in grenzüberschreitenden Erbsachen ausgeschlossen wäre.

Zusammenfassend spricht aus Sicht des Kantons Bern, insbesondere der bernischen Zivilgerichtsbarkeit, nichts gegen die geplante Revision; sie ist im Gegenteil zu begrüßen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler: Justizleitung

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
ipr@bj.admin.ch

Liestal, 29. Mai 2018

**Vernehmlassung
zum Entwurf einer Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)**

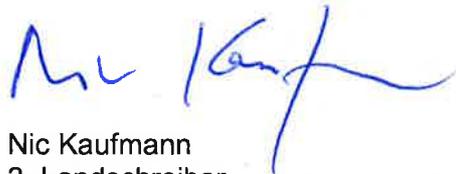
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Meinungsäusserung und teilen mit, dass wir das vorgeschlagene Gesetzesvorhaben unterstützen. Auch aus unserer Sicht macht es Sinn, die schweizerischen Regelungen über die zuständige Behörde, über das anzuwendende Recht und über die Anerkennung von ausländischen Rechtsakten besser mit den europäischen Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln zu koordinieren, und dass die mit einer Erbschaft befassten Behörden verschiedener Staaten möglichst dasselbe materielle Recht anwenden sollen. Auf diese Weise können widersprechende Entscheidungen in grenzüberschreitenden Erbfällen vermieden werden. Dieses Revisionsziel wird von uns sehr befürwortet, zumal auch unsere kantonalen Erbschaftsbehörden zunehmend mit internationalen Kompetenzkonflikten konfrontiert sind.

Hochachtungsvoll



Dr. Sabine Pegoraro
Regierungspräsidentin



Nic Kaufmann
2. Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

per Email an:
ipr@bj.admin.ch

Basel, 23. Mai 2018

Regierungsratsbeschluss vom 22. Mai 2018

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zur Stellungnahme zum erwähnten Vernehmlassungsentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht) eingeladen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir begrüßen die beabsichtigte Berücksichtigung der Praxisfreundlichkeit bei der Ausgestaltung der Änderungsvorschläge und vertreten die Ansicht, dass diese über weite Strecken tatsächlich erfolgreich umgesetzt worden ist. Dies gilt insbesondere für die Befähigung der hiesigen Behörde, selbst über die Notwendigkeit des Nachweises über die Untätigkeit der allenfalls im Ausland zuständigen Behörden zu entscheiden (siehe Art. 87 Abs. 1 IPRG, zweiter Satz). Diese neue Regelung entlastet allfällige in der Schweiz angerufenen Behörden insbesondere in Fällen, in denen keinerlei Bezug zur Schweiz ausser dem Heimatrecht besteht, aber beispielsweise eine ausländische Behörde am letzten Aufenthaltsort gemäss EuErbVo zuständig sein könnte (vgl. Art. 4 Eu-ErbVo). Ist umstritten, wo ein Schweizer Erblasser seinen letzten Wohnsitz hatte, aber klar, dass er seinen letzten gewöhnlichen Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat hatte, dann wäre letzterer in erster Linie zuständig und die Heimatbehörde erst in zweiter Linie, wenn sich dieser EU-Staat nicht um den Nachlass kümmert.

Wir bedauern hingegen, dass für Fälle ausserhalb der EU darauf verzichtet wurde, neu auf den letzten Aufenthaltsort anstelle des letzten Wohnsitzes als Anknüpfungspunkt abzustellen (Erläuternder Bericht, Seite 11 zu Art. 86 Abs. 1 IPRG). In der Praxis gibt es manchmal Fälle, in denen Verstorbene zwar ihren tatsächlichen Aufenthaltsort und Lebensmittelpunkt ins (aussereuropäische) Ausland verlegen, aber weiterhin in der Schweiz angemeldet bleiben. In solchen Fällen ist heute zum Teil unter den Erben umstritten, in welchem Land denn nun der Nachlass abgewickelt werden solle, in der Schweiz oder eben im Ausland. Würde nun auf den gewöhnlichen Aufenthalt abgestellt, wäre der Registereintrag als einzige noch relevante Verbindung mit der Schweiz nicht

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

mehr von Bedeutung und das Potential für entsprechende Differenzen deutlich geringer. Wir regen an, diesen Änderungsvorschlag nochmals in Betracht zu ziehen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

25. Mai 2018

No. _____

Document PDF et Word à :
ipr@bj.admin.ch

Fribourg, le 23 mai 2018

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé (successions)

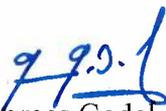
Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation susmentionnée et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

Nous n'avons aucune remarque à formuler sur l'avant-projet de révision du chapitre 6 de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé et nous nous y rallions.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet cité en titre et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat :


Georges Godel
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



Genève, le 30 mai 2018

Le Conseil d'Etat

2471-2018

Département fédéral de justice et police
Madame Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : Consultation relative à la modification de la loi fédérale sur le droit international privé (successions)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la lettre que vous avez adressée le 14 février 2018 aux gouvernements cantonaux concernant la consultation visée en titre.

Le Conseil d'Etat de la République et canton de Genève est favorable à la révision projetée qui permet une harmonisation du droit successoral au niveau européen. Il relève néanmoins les points suivants:

1. Le champ d'application de la LDIP ne se limite pas aux personnes ayant un lien avec un Etat de l'Union européenne; ainsi, une succession ayant un lien avec la Suisse pourrait être soumise à un droit étranger (hors Europe) dont les principes sont radicalement différents de ceux de notre pays.
2. La complexité du règlement successoral augmentera en raison de la possibilité offerte de soumettre une partie de la succession à la compétence d'un Etat national du défunt et une autre partie de la succession à la compétence des autorités suisses du dernier domicile.
3. Les impacts fiscaux de ces modifications ne sont pas mentionnés (certes difficilement mesurables). Il est uniquement indiqué dans le rapport explicatif de l'avant-projet (ad art. 86 al.3, page 12), sans aucune référence, que la souveraineté fiscale de la Suisse, soit la possibilité d'imposer une succession, ne serait pas touchée lorsque notre pays renonce à sa compétence pour le cas où le disposant soumet sa succession à la compétence des autorités de son Etat national (art. 86 al. 3 LDIP). Selon notre Conseil, il n'est pas exclu que ces modifications conduisent à priver les cantons de leur souveraineté en la matière. Il semble par conséquent nécessaire d'ajouter une réserve

précisant expressément que cette possibilité offerte aux contribuables n'a aucun effet au regard des règles de droit fiscal. Cette mention pourrait figurer à l'art. 86 al. 3 i.f LDIP : *"Cette possibilité ne modifie pas les compétences liées à la souveraineté fiscale des Etats"*.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

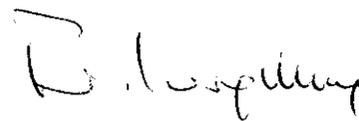
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Anja Wyden Guelpa

Le président :



François Longchamp

Copie à : Office fédéral de la justice, M. Thomas Mayer, sous forme électronique
(ipr@bj.admin.ch)

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Glarus, 22. Mai 2018
Unsere Ref: 2018-36

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privat-
recht (Erbrecht)**

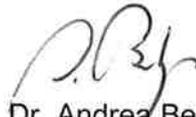
Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Da-
für danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir zur Vorlage keine Bemerkungen bzw. Ergän-
zungen anzubringen haben.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Aus-
druck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Dr. Andrea Bettiga
Landammann



Magnus Oeschger
Ratsschreiber-Stv.

E-Mail an: ipr@bj.admin.ch

versandt am: **23. Mai 2018**

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Zustellung per Mail

ipr@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Luzern, 22. Mai 2018

Protokoll-Nr.: 529

**Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht
(Erbrecht)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 14. Februar 2018 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG) Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir zu den geplanten Änderungen keine Bemerkungen anzubringen haben.

Freundliche Grüsse



Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral
3001 Berne

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé (successions)

Madame la conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'avant-projet de révision de la loi fédérale sur le droit international privé (LDIP).

Nous saluons la volonté des autorités fédérales d'harmoniser le droit suisse avec la réglementation européenne afin d'éviter les conflits de compétence et les décisions contradictoires en matière de successions internationales. L'accroissement de la mobilité géographique de la population devrait en effet impliquer inévitablement une multiplication de telles situations. L'harmonisation proposée permettra d'offrir aux citoyens davantage de sécurité juridique et de prévisibilité s'agissant du sort de leur patrimoine après leur décès.

Nous relevons qu'est introduite la possibilité pour une personne de nationalité suisse ayant une ou plusieurs nationalités étrangères de soumettre sa succession au droit de l'un de ses États nationaux étrangers. En conséquence, le défunt suisse ayant également la nationalité d'un pays ne connaissant pas les réserves héréditaires pourra échapper à celles imposées par le droit suisse et ainsi disposer librement de l'entier de ses biens. Nous nous questionnons sur cette modification qui, non seulement entraîne une inégalité de traitement entre les citoyens qui ont uniquement la nationalité suisse et ceux qui possèdent également d'autres nationalités, mais présente aussi un risque d'abus. Nous prenons toutefois acte du fait que le groupe d'experts soutient cette solution qui met la loi en harmonie avec le règlement européen et qui accroît l'autonomie privée.

Pour le surplus, l'avant-projet n'appelle pas de remarques particulières de notre part, tant en ce qui concerne les modifications visant à améliorer la coordination avec le droit européen, que les autres modifications, compléments et clarifications dont la jurisprudence et la doctrine ont établi la nécessité.

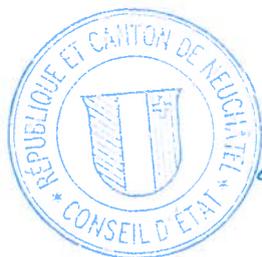
En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 23 mai 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 29. Mai 2018

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns mit Schreiben vom 14. Februar 2018 zur Vernehmlassung zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht) eingeladen.

Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung. Zur Vorlage haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Yvonne von Deschwanden
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- ipr@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1561, SJD

Per E-Mail an:

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
3003 Bern

ipr@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3139
Unser Zeichen: fu

Sarnen, 30. Mai 2018

**Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale
Privatrecht (Erbrecht)
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

geschätzte Simonetta

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht, IPRG).

Mit der geplanten Gesetzesrevision soll insbesondere eine teilweise Harmonisierung des schweizerischen internationalen Erbrechts mit der EuErbVO zwecks Verhinderung sich widersprechender Entscheidungen erfolgen. Des Weiteren soll Änderungs-, Ergänzungs- oder Klarstellungsbedürfnissen Rechnung getragen werden, die sich seit Inkrafttreten des IPRG in Rechtsprechung und Lehre ergeben haben.

Wir begrüßen die vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich, da die Revision die Abstimmung zwischen dem IPRG und dem EuErbVO zur besseren Koordination bei den Entscheidungskompetenzen durch die Anpassung der Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln beinhaltet.

Im Bericht wird auch die Frage der rechtsmissbräuchlichen Unterstellung unter ein Rechtssystem thematisiert (S. 17 – 20). Diese wird mit dem Hinweis verworfen, dass das allgemeine Rechtsmissbrauchsverbot in Art. 2 ZGB als Korrektiv ausreiche. Diese Einschätzung teilen wir nicht. Grundsätzlich hat der Gesetzgeber zu regeln, wann ein Rechtsmissbrauch vorliegt. Zudem ist die Handhabung von Art. 2 ZGB schwerfällig und relativ selten. Die der Expertengruppe vorgelegene Bestimmung ist daher zu befürworten und könnte etwa wie folgt ergänzt werden: "Die Unterstellung unter das Recht des Heimatstaates ist unbeachtlich, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Annahme bestehen, dass

die Staatsbürgerschaft zum hauptsächlichen Zweck erworben wurde, Bestimmungen des schweizerischen Erbrechts zu umgehen. Dies ist zu vermuten, wenn die betreffende Person die Staatsbürgerschaft weniger als fünf Jahre vor Errichtung ihres Testaments erworben hat (Variante:) und während dieser Zeit jährlich weniger als ein halbes Jahr in diesem Staat anwesend war.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Obergericht
- Amt für Justiz
- Staatskanzlei mit den Akten (OWSTK.3139)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 30. Mai 2018

**Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (Erbrecht);
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (Erbrecht) ein. Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen in den wesentlichen Punkten einverstanden. Einzelne Bemerkungen entnehmen Sie bitte dem Anhang.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Fredy Fässler
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
ipr@bj.admin.ch



Anhang zur Vernehmlassungsantwort «Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (Erbrecht)»

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst die im Rahmen der Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (Erbrecht) vorgesehenen Anpassungen. Es bestehen einzig Bedenken gegenüber der im Vorentwurf vorgesehenen Möglichkeit eines Wahlrechts für Schweizer Doppelbürgerinnen und -bürger. Neu soll eine Schweizer Doppelbürgerin oder ein Schweizer Doppelbürger die Zuständigkeit der Behörden und das anwendbare Recht auch dem ausländischen Heimatrecht unterstellen können. Dies würde jedoch zu einer Ungleichbehandlung unter Schweizer Staatsangehörigen führen und zudem die Gefahr eines missbräuchlichen «Forum-Shoppings» erhöhen. In der bisherigen IPRG-Regelung fällt eine ausländische Rechtswahl dahin, wenn die Erblasserin oder der Erblasser im Zeitpunkt des Todes dem Staat, dessen Recht sie oder er gewählt hat, nicht mehr angehört oder Schweizer Bürgerin oder Schweizer Bürger geworden ist. Diese Regelung sollte weiterhin beibehalten werden.

Im Zusammenhang mit der IPRG-Revision gilt es schliesslich den Vorrang der bilateralen Abkommen im Erbrecht anzusprechen. Zurzeit sind zwei erbrechtlich relevante Staatsverträge in Kraft:

- Niederlassungs- und Konsularvertrag mit Italien vom 22. Juli 1868 und Zusatzprotokoll (SR 0.142.114.541 und 0.142.114.541.1)
- Niederlassungs- und Rechtsschutzabkommen mit Griechenland vom 1. Dezember 1927 (SR 0.142.113.721).

Es gilt dringend zu prüfen, ob die entsprechenden Bestimmungen in den besagten Verträgen mit Italien und Griechenland seit dem Inkrafttreten der europäischen Erbrechtsverordnung am 16. August 2012 überhaupt noch zeitgemäss sind und nicht aufgehoben werden könnten.

Die Regierung weist im Zusammenhang mit der genannten Vorlage im Einzelnen auf folgende Punkte hin:

1 Prorogationsmöglichkeit

1.1 Im Entwurf vorgeschlagener Gesetzestext

Art. 86 Abs. 3 IPRG

³ Personen, die über eine oder mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten verfügen, können, ungeachtet einer allfälligen schweizerischen Staatsangehörigkeit, durch letztwillige Verfügung oder Erbvertrag den Nachlass ganz oder teilweise der Zuständigkeit eines der betreffenden Heimatstaaten unterstellen.



1.2 Änderungsvorschlag

Art. 86 Abs. 3 IPRG

³ Personen, die über eine oder mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten verfügen, können durch letztwillige Verfügung oder Erbvertrag den Nachlass ganz oder teilweise der Zuständigkeit eines der betreffenden Heimatstaaten unterstellen.

^{3bis (neu)} Diese Unterstellung fällt dahin, wenn der Erblasser im Zeitpunkt des Todes dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört hat oder wenn er Schweizer Bürger geworden ist.

1.3 Begründung

Die Prorogationsmöglichkeit (Wahl der zuständigen Behörde) ist neben einer Wahl des ausländischen Heimatrechts durch ausländische Staatsangehörige sehr zu begrüssen, da damit ein Gleichlauf von Jus und Forum gewährleistet wird. Für Schweizer Doppelbürgerinnen und -bürger sollte dies jedoch nicht ermöglicht werden, da dies zu einer Ungleichbehandlung der Schweizer Staatsangehörigen führt und zudem die Gefahr des (unter Umständen missbräulichen) «Forum-Shoppings» erhöht. Die bisherige IPRG-Regelung zur Rechtswahl hält in Art. 90 Abs. 2 denn auch ausdrücklich fest, dass die Unterstellung dahinfällt, wenn die Erblasserin oder der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes dem Staat, dessen Recht sie oder er gewählt hat, nicht mehr angehört oder Schweizer Bürgerin oder Schweizer Bürger geworden ist. Die Botschaft zum derzeitigen IPRG begründete diese Regelung denn auch mit der Gleichbehandlung der Schweizer Bürgerinnen und Bürger, wobei nicht einzusehen ist, weshalb einzig im Nachvollzug der EuErbVO, jedoch ohne schlüssige Begründung, von dieser Wertung abgekehrt werden soll.

2 Rechtswahlmöglichkeit

2.1 Im Entwurf vorgeschlagener Gesetzestext

Art. 90 Abs. 2 und 3 IPRG

² Personen, die über eine oder mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten verfügen, können, ungeachtet einer allfälligen schweizerischen Staatsangehörigkeit, durch letztwillige Verfügung oder Erbvertrag den Nachlass einem der betreffenden Heimatrechte unterstellen. Eine entsprechende Unterstellung wird vermutet, wenn der Erblasser den Nachlass der Zuständigkeit eines der betreffenden Heimatstaaten unterstellt hat (Art. 86 Abs. 3), sofern er diesbezüglich keinen Vorbehalt gemacht hat.

³ Diese Unterstellung fällt nicht dahin, wenn der Erblasser im Zeitpunkt des Todes dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört hat.

2.2 Änderungsvorschlag

Art. 90 Abs. 2 und 3 IPRG

² Personen, die über eine oder mehrere ausländische Staatsangehörigkeiten verfügen, können, durch letztwillige Verfügung oder Erbvertrag den Nachlass einem der betreffenden Heimatrechte unterstellen. Eine entsprechende Unterstellung wird vermutet, wenn der Erblasser den Nachlass der Zuständigkeit eines der betreffenden Heimatstaaten unterstellt hat (Art. 86 Abs. 3), sofern er diesbezüglich keinen Vorbehalt gemacht hat.

³ Diese Unterstellung fällt nicht dahin, wenn der Erblasser im Zeitpunkt des Todes dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört hat oder wenn er Schweizer Bürger geworden ist.



2.3 Begründung

Siehe Argumentation Abschnitt 1.3. Hier besteht zudem die erhöhte Gefahr eines (unter Umständen missbräulichen) Jus-Shoppings. Art. 90 Abs. 3 revIPRG ist abzulehnen bzw. dergestalt anzupassen, dass die Unterstellung dahinfällt, wenn die Erblasserin oder der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört. Die revidierte Bestimmung würde einem Jus-Shopping bzw. diesbezüglichen Missbrauchsmöglichkeiten Tür und Tor öffnen (man denke an exotische Staaten mit sehr liberalem Erbrecht bzw. diesbezüglichen Planungsmöglichkeiten von sehr vermögenden Erblasserinnen oder Erblassern). Der Vernehmlassungsentwurf vermag denn auch keinerlei schlüssige Argumente für diese Neuregelung aufzuführen und es wird implizit eingeräumt, dass eine Korrektur eines Missbrauchs über Art. 2 IPRG sehr schwierig sei, als eine Missbrauchsabsicht im konkreten Einzelfall erwiesen sein müsse. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass eine Art. 90 Abs. 3 revIPRG entsprechende Regelung betreffend Prorogationsmöglichkeit in Art. 86 revIPRG nicht enthalten ist.

3 Aufhebung bilateraler Abkommen

Es gilt hier, den Vorrang bestehender bilateraler Abkommen in die IPRG-Revision miteinzubeziehen. Besonders der zwischen der Schweiz und Italien bestehende Niederlassungs- und Konsularvertrag vom 22. Juli 1868 sowie das entsprechende Zusatzprotokoll stellen aus unserer Sicht ein Problem dar. Da für Italien die EuErbVO seit dem 17. August 2015 Anwendung findet und diese dem IPRG der Schweiz sehr ähnlich ist, stellt sich die Frage, ob diese Vertragsbestimmungen, die das internationale Erbrecht betreffen, durch die EuErbVO nicht überholt sind und deshalb aufgehoben werden sollten.

Trifft eine italienische Erblasserin oder ein italienischer Erblasser mit letztem Wohnsitz in der Schweiz keine Rechtswahl mittels einer Verfügung von Todes wegen, so gelangt gemäss Konsularvertrag italienisches materielles Erbrecht zur Anwendung. Und zwar aus schweizerischer Sicht dann, wenn die Erblasserin oder der Erblasser irgendwann einmal Wohnsitz in Italien hatte. Dann sind zwar die Schweizer Behörden zuständig (z.B. für das Ausstellen der Erbescheinigung), müssen dabei aber italienisches Erbrecht anwenden (z.B. wer Erbe ist, wer pflichtteilsgeschützt ist usw.) Diese Fälle, in denen ein italienischer Staatsangehöriger mit letztem Wohnsitz in der Schweiz verstirbt, könnten aufgrund des hohen Bevölkerungsanteils italienischer Staatsangehöriger in der Schweiz in Zukunft zunehmen. In einem solchen Fall, wo die Erblasserin oder der Erblasser auch nur kurze Zeit in Italien gewohnt hat, wird nicht nur inhaltlich ein Recht angewendet, das nicht der engen Verbindung der Erblasserin oder des Erblassers entspricht, sondern es muss auch von den Schweizer Behörden ein fremdes Recht angewendet werden. Ohne Konsularvertrag wären nach IPRG die Schweizer Behörden zuständig und es wäre Schweizer Erbrecht anwendbar.

Es gilt also zu prüfen, ob die entsprechenden Bestimmungen in den besagten Verträgen mit Italien überhaupt noch sachgerecht sind und mit der EuErbVO und dem revidierten IPRG nicht bereits zeitlich überholt sind und deshalb auch aufgehoben werden sollten. Im selben Sinne sollte auch das Niederlassungs- und Rechtsschutzabkommen mit Griechenland vom 1. Dezember 1927 geprüft werden.

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

per Mail an:
ipr@bj.admin.ch

Schaffhausen, 15. Mai 2018

Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 haben Sie uns den Vorentwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die vorgeschlagenen Änderungen, damit Kompetenzkonflikte im Erbrecht, wenn immer möglich, vermieden werden können. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Art. 86 Abs. 3 und 4 E-IPRG

Wir befürworten die Änderungen und damit die Möglichkeit, dass ausländische Staatsangehörige, die in der Schweiz leben, ihren Nachlass der Zuständigkeit ihres Heimatstaates unterstellen können. Da diese Möglichkeit bis anhin nicht bestand, konnte es vorkommen, dass die schweizerischen Gerichte oder Behörden ausländisches Erbrecht anwenden mussten, soweit der ausländische Staatsangehörige eine Rechtswahl zugunsten seines Heimatrechts getroffen hat. Mit dieser neuen Regelung kann der Erblasser oder die Erblasserin gewährleisten, dass das gewählte Recht von denjenigen Behörden ausgelegt und umgesetzt wird, die damit am besten vertraut sind. Zu begrüssen ist auch die Möglichkeit einer Teilprorogation, auch wenn dies zu einer Aufspaltung des Nachlasses im Bereich der Zuständigkeit führt. Denn auch so lassen sich Kompetenzkonflikte vermeiden.

Wie im erläuternden Bericht erwähnt, ist es nicht Aufgabe der Schweiz, ausländische Staatsangehörige, die ihren Nachlass der Zuständigkeit ihres Heimatstaates unterstellt haben, zu verpflichten, gleichzeitig eine entsprechende Rechtswahl zu treffen und damit für einen Gleichlauf von anwendbarem Recht und Zuständigkeit zu sorgen.

Art. 87 Abs. 1 E-IPRG

Gemäss unserer Erfahrung ist der Nachweis, dass sich ein Staat mit dem Nachlass nicht befasst, für die um Verfahrenseinleitung ersuchenden Personen sehr schwierig zu erbringen. Es handelt sich jedoch um eine Kann-Vorschrift und es ist davon auszugehen, dass die Schweizer Behörden diese nicht zum Nachteil der berechtigten Interessen der in der Schweiz ansässigen Erben zur Anwendung bringt.

Art. 87 Abs. 2 E-IPRG

Es ist zu begrüssen, dass wie bis anhin eine Rechtswahl eines Schweizer Bürgers mit letztem Wohnsitz im Ausland zugunsten des schweizerischen Rechts die Vermutung aufstellt, er habe auch die schweizerische Zuständigkeit begründen wollen. Es ist oft so, dass nur daran gedacht wird, eine Rechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts zu treffen und eine Regelung bezüglich Zuständigkeit vergessen geht. Würde diese Vermutung nicht gelten, könnte es vorkommen, dass ausländische Behörden zuständig sind und dabei schweizerisches Recht anwenden müssten, mit dem sie nicht vertraut sind. Gleichzeitig besteht mit einer solchen Regelung aber das Risiko eines positiven Kompetenzkonfliktes, wenn sich der letzte Wohnsitz einer Person in einem EuErbVO-Mitgliedstaat befand. Um einen solchen Konflikt zu vermeiden, wird der betroffenen Person nun die Möglichkeit gewährt, die gemäss geltendem Recht unwiderlegbare Vermutung der schweizerischen Zuständigkeit umzustossen. Diese Kompromisslösung erachten wir als sinnvoll.

Art. 88 Abs. 1 E-IPRG

Diesbezüglich kann auf die Ausführungen zu Art. 87 Abs. 1 E-IPRG verwiesen werden.

Art. 91 Abs. 1 E-IPRG

Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass die in Art. 91 Abs. 1 IPRG bestehende erhebliche Rechtsunsicherheit zu beseitigen ist. Dabei favorisieren wir aber nicht die vorgesehene Regelung, sondern den von der Expertengruppe bevorzugten Ansatz, wonach die in Art. 91 Abs. 2 E-IPRG vorgesehene Anwendbarkeit des schweizerischen Rechts für die Fälle von Art. 87 auf Art. 88 zu erweitern ist. Wir erachten dies als praktikablere Lösung, da damit einerseits das bisherige in Art. 91 Abs. 1 IPRG bestehende Problem des Pingpong-Effekts bzw. der Endloschleife behoben werden könnte und diese Lösung andererseits den Vorteil hat, dass sie den

mit dem Nachlass befassten schweizerischen Behörden die Anwendung schweizerischen Rechts ermöglichen würde. Es trifft zwar zu, dass dann der Nachlass nicht nach ein und demselben Recht beurteilt wird. Für die zuständigen schweizerischen Behörden ist es aber sehr zeitaufwendig und schwierig, ein anderes Recht anzuwenden, das sie nicht kennen und mit dem sie nicht vertraut sind.

Art. 91 Abs. 2 E-IPRG

Wir erachten die vorgeschlagene Regelung, wonach in den Fällen einer Heimatzuständigkeit nach Art. 87 stets das schweizerische Recht anwendbar ist, als sinnvoll. Eine Vermutung zugunsten des schweizerischen Rechts entspricht eher der hypothetischen Absicht des Erblassers oder der Erblasserin. Soll diese Vermutung nicht gelten, besteht für die betroffene Person die Möglichkeit, den Nachlass dem Recht an ihrem letzten Wohnsitz oder dem Recht ihres Heimatstaates zu unterstellen. Die Anwendbarkeit des schweizerischen Rechts vom Vorliegen einer Rechtswahl abhängig zu machen, würde zudem dazu führen, dass schweizerische Behörden ausländisches Recht anwenden müssten, was aus Praktikabilitäts- und Effizienzgründen nicht zu empfehlen ist.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Christian Amsler

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

22. Mai 2018

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 14. Februar 2018 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

A. Grundsätzliches

Wir begrüssen die mit der vorliegenden Revision verfolgten Ziele. Die gesteigerte Mobilität und die damit verbundene Internationalität führen dazu, dass immer mehr Menschen ausserhalb ihres Heimatstaates leben. Internationale Erbfälle werden dadurch vermehrt zur Regel als zur Ausnahme. Das Bedürfnis der Menschen nach Rechts- und Planungssicherheit in einem sich verändernden Umfeld wird anerkannt. Wie sich aus den nachfolgenden Ausführungen ergibt, können wir den vorgeschlagenen Änderungen fast vollumfänglich zustimmen. Lediglich in einem Punkt lehnen wir den Vorschlag teilweise ab.

Wir stimmen zu, dass die bestehenden Regelungen in der Praxis zu positiven Kompetenzkonflikten führen können. Wir unterstützen deshalb die teilweise Harmonisierung des schweizerischen internationalen Erbrechts mit der EuErbVO durch eine verbesserte Koordination im Bereich der Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln sowie der Rechtsanwendung, um Kompetenzkonflikte und sich widersprechende Entscheidungen möglichst vermeiden zu können. Dabei soll der Grundsatz der Nachlasseinheit – welcher auch der Grundidee der EuErbVO in den Mitgliedstaaten untereinander entspricht – als Voraussetzung einer effizienten und effektiven Nachlassabwicklung weiterhin seine fundamentale Bedeutung im schweizerischen IPRG behalten. Unserer Ansicht nach erreichen die vorgeschlagenen Änderungen das Revisionsziel – die Harmonisierung mit der EuErbVO sowie die Aufnahme der sich aus der Rechtsprechung und Lehre ergebenden Erkenntnisse in das Gesetz – sehr gut.

Mit der Revision des IPRG wird vorgeschlagen, die Unterstellung des Nachlasses einer Person mit Wohnsitz in der Schweiz unter das Recht eines Heimatstaates nicht dahinfallen zu lassen, auch

wenn die Person zum Zeitpunkt des Todes diesem Staat nicht mehr angehört. Mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit fällt jedoch ein rechtlicher Bezug zu diesem Staat dahin, weshalb es nicht gerechtfertigt erscheint, die Unterstellung bestehen zu lassen.

B. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 86 Abs. 3 IPRG

Art. 86 Abs. 3 gesteht ausländischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz in der Schweiz die Möglichkeit zu, ihren Nachlass der Zuständigkeit der Behörden ihres Heimatstaates zu unterstellen. Diese Regelung ist zu begrüßen, da es einerseits dieselbe Regelung heute bereits für Auslandsschweizer gibt und damit eine Bilateralisierung der Prorogationsmöglichkeit geschaffen wird. Andererseits können dadurch negative Zuständigkeitskonflikte verhindert werden.

Art. 86 Abs. 4 IPRG

Diese Bestimmung ist zum Zwecke der Vermeidung negativer Kompetenzkonflikte zu begrüßen.

Art. 87 Abs. 1 IPRG

Die gesetzgeberische Klärung, welche ausländischen Behörden neben dem letzten Wohnsitzstaat ebenfalls für das Nachlassverfahren zuständig sein können (weiterer Heimatstaat, Staat des letzten gewöhnlichen Aufenthalts, Lagestaat), erachten wir im Interesse der Rechtssicherheit als sinnvoll und notwendig.

Die vorgesehene erweiternde Regelung, wonach Schweizer Behörden ihre Zuständigkeit für den Nachlass eines Auslandschweizers nach dem Nichtbefassen der Behörden des letzten Wohnsitzstaates bereits bei Untätigkeit der übrigen allfällig zuständigen ausländischen Behörden erklären können, ist als Verfahrenserleichterung zu begrüßen. Dass die Behörden ihre Zuständigkeit von der Untätigkeit der Behörden eines oder mehrerer ausländischer Heimatstaaten abhängig machen können, trägt zudem zur Vermeidung positiver Kompetenzkonflikte bei und scheint daher sinnvoll.

Art. 87 Abs. 2 IPRG

Durch die Neuerung besteht bei einer Rechtswahl die Vermutung der Prorogation weiter. Es wird dem Erblasser bzw. der Erblasserin aber die Möglichkeit eingeräumt, durch eine Klausel die Vermutung umzustossen, wonach eine Rechtswahl nicht gleichzeitig als Prorogation zu verstehen ist. Im Falle einer Rechtswahl zugunsten des schweizerischen Rechts muss die Prorogation ausdrücklich ausgeschlossen werden, da sie ansonsten vermutet wird. Die Möglichkeit die Vermutung der Prorogation umzustossen, macht im Lichte des Zwecks der Revision Sinn und wird deshalb begrüsst.

Die Anwendung des Schweizerischen Rechts im Ausland setzt jedoch die dortige gesetzliche Sicherung voraus.

Art. 88 Abs. 1 IPRG

Es kann auf die Ausführungen zu Art. 87 Abs. 1 IPRG verwiesen werden.

Art. 90 Abs. 2 IPRG

Durch die Anpassung dieser Bestimmung wird die Ungleichbehandlung von Schweizer Staatsbürgern mit einer weiteren Staatsbürgerschaft und Personen mit mehreren ausländischen Staatsbürgerschaften bei der Möglichkeit der Wahl des Heimatrechtes abgeschafft, was hinsichtlich der beabsichtigten Harmonisierung mit der EuErbVO richtig ist.

Art. 90 Abs. 3 IPRG

Entgegen dem Entwurf sind wir der Ansicht, dass die gewillkürte Unterstellung unter das ausländische Recht nur dann bestehen bleiben kann, wenn zum betreffenden Staat im Zeitpunkt des Todes weiterhin ein rechtlicher Bezug besteht. Dies entspricht der heutigen gesetzlichen Regelung. Wir erachten es als richtig, dass der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts den rechtlichen Bezug zum Heimatland nicht aufhebt und damit die Unterstellung unter das Recht des Heimatstaates nicht dahinfallen soll. Hat eine Person aber ihren Wohnsitz in der Schweiz und die ausländische Staatsangehörigkeit, deren Recht der Nachlass unterstellt wurde, abgelegt, so besteht zu diesem Staat kein rechtlicher Bezug mehr. Zur Schweiz bleibt der rechtliche Bezug jedoch bestehen, weshalb der Nachlass dem schweizerischen Recht zu unterstellen ist. Aus diesem Grund ist der vorgeschlagene Abs. 3 dahingehend zu ändern, dass die Unterstellung dahinfällt, wenn der Erblasser im Zeitpunkt des Todes dem jeweiligen Staat nicht mehr angehört.

Art. 91 Abs. 1 IPRG

Der Vorschlag zur Vermeidung eines Pingpong-Effekts und die damit verbundene Klärung, welchem Recht der Nachlass einer Person mit Wohnsitz im Ausland untersteht, wenn das Kollisionsrecht auf das schweizerische Kollisionsrecht verweist, scheint sinnvoll zu sein und wird begrüsst.

Art. 91 Abs. 2 IPRG

Mit Blick auf den Zweck der vorliegenden Revision scheint es sinnvoll, analog zu Art. 86 Abs. 3 bezüglich der Zuständigkeit, auch die Rechtswahlmöglichkeit auf ein allfällig weiteres Heimatland zu erstrecken.

Art. 92 Abs. 2 IPRG

Die Klarstellung, welche Rechtsfragen dem von Art. 90 f. IPRG bezeichneten anwendbaren Recht unterstehen und für welche Rechtsfragen das Recht am Ort der Nachlassabwicklung vorbehalten bleibt, ist notwendig und daher zu begrüßen.

Art. 93 IPRG

Dass der Inhalt des Art. 93 IPRG neu in die Art. 94 und 95 IPRG integriert wird, ist sinnvoll.

Art. 94 und Art. 95 IPRG

Die Einteilung in «*Letztwillige Verfügungen*» und «*Erbverträge*» bringt eine erhebliche Harmonisierung mit der EuErbVO mit sich. Die vorgesehenen Anpassungen sind vertretbar.

Art. 96 Abs. 1 IPRG

Die vorgeschlagenen Regelungen auf Gesetzesstufe dienen der Klarheit und werden begrüsst.

4

Gerne hoffen wir auf eine Berücksichtigung unserer Anliegen im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Heim
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 24. April 2018

Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) im Bereich des Erbrechts und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Für die weiteren Rechtssetzungsarbeiten bitten wir Sie indessen, folgende Bemerkungen zu einzelnen Erlassen zu berücksichtigen:

Art. 87 Abs. 2

Wir unterstützen die Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderung, wonach bei einer Rechtswahl die Vermutung zugunsten der Prorogation besteht und wenn eine solche nicht gelten soll, diese ausdrücklich ausgeschlossen werden muss. Die vorgeschlagene Formulierung ist nach unserer Auffassung aber zu wenig verständlich, weil auf den ersten Blick nicht klar wird, worauf sich das Wort „diesbezüglichen“ bezieht. Wir schlagen deshalb die folgende Formulierung vor:

„²Die schweizerischen Gerichte und Behörden am Heimatort sind stets zuständig, wenn ein Schweizer Bürger mit letztem Wohnsitz im Ausland sein in der Schweiz gelegenes Vermögen oder seinen gesamten Nachlass durch letztwillige Verfügung oder Erbvertrag der schweizerischen Zuständigkeit oder, ohne ausdrücklichen Ausschluss der schweizerischen Zuständigkeit, dem schweizerischen Recht unterstellt hat.“

Art. 89

Im vorliegenden Entwurf wird eine unveränderte Beibehaltung von Art. 89 IPRG vorgeschlagen. Wir beantragen dagegen eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bestimmung, weil nicht abschliessend geklärt ist, was in der geltenden Bestimmung unter der Wen-

„die zum einstweiligen Schutz der Vermögenswerte notwendigen Massnahmen“ zu verstehen ist. Zudem kann die Bestimmung im Widerspruch zur Heimatzuständigkeit nach Art. 87 IPRG stehen. Aus Sicht der Praxis sind uns entsprechende Kompetenzkonflikte zwischen den Behörden am Ort der gelegenen Sache und der Behörde am Heimatort bekannt.

Gemäss Art. 551 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210) fallen unter die Massregeln zur Sicherung des Erbganges u.a. die Siegelung der Erbschaft, die Inventaraufnahme und die Erbschaftsverwaltung. Andere sichernde oder vorsorgliche Massnahmen können Verfügungsverbote, Grundbuchsperrungen oder Sicherungsleistungen sein. Früher kam auch die Errichtung einer Beistandschaft in Frage. Aus unserer Sicht sollte im Rahmen der Gesetzesrevision festgelegt werden, welche sichernden Massnahmen unter Art. 89 IPRG fallen und ob die Massregeln nach den Art. 551 - 559 ZGB miterfasst sind.

Wenn eine sichernde Massnahme für Vermögen in der Schweiz für eine Ausländerin oder einen Ausländer mit letztem Wohnsitz im Ausland (Art. 88 IPRG) angeordnet werden muss, bietet die Anwendung von Art. 89 IPRG keine Schwierigkeit, weil gemäss beiden Bestimmungen die Behörde am Ort der gelegenen Sache zuständig ist. Wenn die sichernde Massnahme indessen das Vermögen in der Schweiz einer Schweizer Bürgerin oder eines Schweizer Bürgers mit letztem Wohnsitz im Ausland betrifft, könnte sowohl das Gericht oder die Behörde am Heimatort wie auch die Schweizer Behörde am Ort der gelegenen Sache zum Zuge kommen. Weil die Abklärungen, ob sich die ausländische Behörde mit dem Nachlass befasst oder nicht, in der Regel länger dauern, könnte zuerst die Behörde am Ort der gelegenen Sache schnell handeln und die sichernden Massnahmen anordnen. Später wäre es möglich, dass das Gericht oder die Behörde am Heimatort für den Nachlass zuständig wird, weil feststeht, dass sich die ausländischen Behörden nicht damit befassen.

Wir vertreten die Auffassung, dass solche Konstellationen mit doppelten oder wechselnden Zuständigkeiten vermieden werden sollten. Wir könnten uns daher vorstellen, dass in Art. 89 IPRG ein neuer Absatz aufgenommen wird, wonach die Zuständigkeit der Behörde am Ort der gelegenen Sache bestehen bleibt, wenn sie Sicherungsmassnahmen nach den Art. 551 ff. ZGB angeordnet hat. Andere griffige Regelungen wären ebenfalls denkbar.

Wichtig ist, dass diesbezüglich für die Gerichte und Behörden Klarheit und für die Bürgerinnen und Bürger Rechtssicherheit geschaffen wird. Mit einer geeigneten Konkretisierung im Gesetz sollte vermieden werden, dass künftig beide Behörde die Zuständigkeit verneinen können und unklar bleibt, welche Behörde welche Massnahmen anordnen kann.

Art. 91 Abs. 2

Der von der Expertengruppe diskutierte und bevorzugte Paradigmenwechsel (vgl. S. 22 des erläuternden Berichts), der im Vorentwurf keine Berücksichtigung fand, würde für die schweizerischen Gerichte und Behörden eine wesentliche Vereinfachung bringen. Aus unserer Sicht sollte dieser Vorschlag nochmals eingehend geprüft und allenfalls berücksichtigt werden.

Art. 92

Bei dieser Bestimmung schlagen wir eine formelle Anpassung vor. In der Praxis haben sich die Begriffe „Erbstatut“ und „Eröffnungsstatut“ durchgesetzt. Im Randtitel zu dieser Bestimmung wird indessen nur der Begriff „Erbstatut“ verwendet. Im Wortlaut der Gesetzesbestimmung erscheinen die Begriffe dagegen nicht. Aus diesem Grunde schlagen wir für den Randtitel folgende Formulierung vor:

Randtitel: „Umfang des Erbstatuts und Eröffnungsstatuts“

In Abs. 1 ist zudem folgende Änderung vorzunehmen:

„¹Das auf den Nachlass anwendbare Recht (Erbstatut) ...“

In Abs. 2 sollte zudem folgende Änderung vorgenommen werden:

„²Die Durchführung der einzelnen Massnahmen (Eröffnungsstatut) ...“

Art. 95 Abs. 3

Die Wortwahl „mit zwei oder mehreren Verfügenden“ irritiert, weil damit gemeint werden könnte, dass ein Erbvertrag mit nur einer verfügenden Person nicht ihrem Wohnsitzrecht beziehungsweise dem bezeichneten Heimatrecht entsprechen muss. Allerdings soll dies ja auch für Erbverträge gelten, in denen nur eine Person über ihren Nachlass verfügt und sich dabei gegenüber den anderen Vertragsparteien verpflichtet.

Wir schlagen deshalb vor, die Wendung „mit zwei oder mehreren Verfügenden“ ersatzlos zu streichen. Die Bestimmung entfaltet auch ohne diese Formulierung die gewünschte Wirkung.

4/4

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne



Madame la Conseillère fédérale
Simonetta Sommaruga
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : MFP/15023760

Lausanne, le 23 mai 2018

**Projet de révision de la loi fédérale sur le droit international privé (Successions) –
consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur le projet de révision de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (LDIP).

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du Canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

Le Conseil d'Etat soutient la volonté de réviser le chapitre 6 de la LDIP en tant qu'elle vise à harmoniser le droit suisse avec le règlement européen régissant la matière. Cependant, il constate que plusieurs modifications proposées ne correspondent pas entièrement au règlement européen précité, lequel continuera à différer du droit suisse notamment en ce qui concerne le critère principal de rattachement. La révision risque ainsi de manquer partiellement son but, en permettant toujours des conflits positifs de compétences par exemple.

Des réserves doivent également être formulées quant à l'élargissement des possibilités d'élection de droit et de for. Ces réformes risquent de rendre plus complexe le travail des autorités suisses. En particulier, si les conflits de compétence positifs seront sans doute réduits dans une certaine mesure, vu la large reconnaissance des compétences étrangères prévues par l'avant-projet, il en ira différemment du nombre de litiges qui surgiront en relation avec l'extension des possibilités de choisir un, voire plusieurs, droits ou fors applicables à la succession. Ces litiges comporteront des problématiques de preuve délicates (preuve de la volonté du défunt, de l'inactivité d'une autorité étrangère, du droit étranger applicable, du lieu de domicile ou de résidence au moment de la rédaction d'un testament, etc.), qui compliqueront la tâche des tribunaux et des justiciables. La modification semble aussi en contradiction avec l'objectif d'augmenter la sécurité du droit, puisqu'elle accroîtra en fait la complexité juridique en matière successorale. Enfin, elle remet en cause le principe d'unité de la succession.

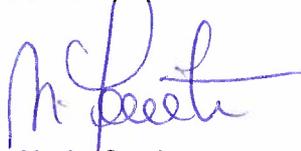
Le Conseil d'Etat regrette finalement que l'avant-projet ne réponde pas de manière satisfaisante à la question des réserves héréditaires, soit à la problématique de leur suppression par la désignation d'un droit étranger.

Dans ces conditions, le Conseil d'Etat estime que le projet de révision n'est pas abouti et devrait encore faire l'objet de réflexions. Pour le détail, il renvoie au commentaire article par article en annexe.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux observations du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Annexe

- Commentaire des dispositions

Copies

- SJL
- OAE

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé : procédure de consultation – annexe à la Réponse du Conseil d'Etat du Canton de Vaud

Commentaire des dispositions :

Art. 86 al. 3 AP-LDIP :

Si la personne visée est celle qui a eu son dernier domicile en Suisse, cet alinéa est censé constituer une exception par rapport à l'alinéa 1. Ce n'est toutefois pas précisé expressément. Il serait peut-être heureux de revoir la formulation de cette exception, par exemple au moyen d'une formule du type : « Est réservé le cas dans lequel ... ».

Le Conseil d'Etat émet une réserve en ce qui concerne la possibilité de soumettre « une part » de la succession à la compétence d'autres autorités. Il s'agit en effet d'une exception au principe de l'unité de la succession, ouvrant la voie à une multiplication des fors et, corollairement, à des litiges potentiels à ce sujet. Il serait judicieux que cette exception au principe de l'unité de la succession soit limitée aux immeubles, le for du lieu de situation étant déjà, pour ceux-ci, un critère spécial de rattachement selon la LDIP.

Une autre problématique est la question de savoir si la désignation d'autorités étrangères en vertu du nouvel article 86 al. 3 LDIP supprime la compétence des autorités désignées à l'art. 89 LDIP. Il conviendrait de préciser dans le rapport explicatif que la compétence de la juridiction gracieuse demeure toujours et impérativement compétente s'agissant des mesures conservatoires, quand bien même un droit étranger aurait été choisi pour la succession, comportant une élection de for en faveur du juge étranger.

Art. 86 al. 4 AP-LDIP :

Cet alinéa prévoit une compétence subsidiaire des autorités suisses, lorsque l'Etat étranger concerné ne s'occupe pas de la succession. Même si cette notion existe déjà dans le cadre de l'art. 87 al. 1 LDIP actuellement en vigueur, cette disposition posera des problèmes pratiques nouveaux, dus à l'élargissement de la reconnaissance de la compétence d'Etats tiers. En effet, le Tribunal fédéral considère qu'il appartient à l'autorité concernée – en l'occurrence le juge de paix dans le canton de Vaud – et non au justiciable d'établir que l'Etat concerné ne s'occupe pas de la succession (TF, 5A_612/2016). En pratique, cela implique que l'autorité doit parfois s'approcher d'une, voire plusieurs autorités étrangères suivant les cas, qu'il faut au surplus identifier. Il

serait dès lors adéquat que le législateur tienne compte de cet élément, qui constitue une tâche complexe pour l'autorité, par exemple en prévoyant que le fardeau de la preuve incombe au justiciable, ou alors en précisant que les autorités suisses peuvent s'estimer compétentes tant qu'une autorité étrangère ne revendique pas expressément sa compétence (cf. à ce sujet, le commentaire fait ci-dessous au sujet de l'art. 87 al. 1 AP).

Art. 87 al. 1 AP-LDIP :

La formulation de la deuxième phrase n'est pas très heureuse. Si le terme « inactivité » a le même sens que l'expression « ne s'occupent pas », on ne comprend pas pourquoi l'avant-projet n'ajoute pas simplement à la première phrase l'énumération des Etats qui pourraient potentiellement traiter la succession. Ceci vaut d'autant plus que l'utilisation d'une formule potestative dans cette deuxième phrase donne l'impression que l'autorité disposera d'un pouvoir discrétionnaire pour refuser ou admettre sa compétence, ce que la première phrase ne prévoit pas.

Enfin, la même question qu'à l'art. 86 al. 4 AP-LDIP se pose en relation avec le fardeau de la preuve. A ce sujet, le rapport explicatif est contradictoire, puisqu'il dit d'une part qu'on ne saurait présumer des autorités suisses qu'elles fassent de complexes recherches juridiques pour déterminer tous les Etats dont les décisions pourraient être reconnues et, d'autre part, qu'il convient d'épargner aux héritiers la lourde tâche de contacter tous ces Etats avant de pouvoir partir du principe que les autorités suisses sont compétentes. Il est encore précisé que l'autorité suisse pourra demander à la personne qui requiert l'ouverture de la procédure une preuve qu'elle s'est adressée à un ou plusieurs Etats, mais uniquement après avoir elle-même déterminé si l'Etat ou les Etats en question sont compétents selon leur propre droit (cf. rapport explicatif pp. 14-15). La question de savoir à qui incombe la charge de prouver l'inactivité doit donc être clarifiée, ce d'autant plus que de multiples autorités d'Etats tiers sont susceptibles d'être compétentes s'agissant de biens successoraux isolés (y compris mobiliers). En l'état, la solution préconisée par le projet paraît impraticable.

Art. 88 al.1 AP-LDIP :

Le Conseil d'Etat renvoie aux remarques faites au sujet de l'art. 87 al. 1 AP-LDIP, qui valent ici également.

Art. 90 al. 1 AP-LDIP :

Le choix de ne pas prendre comme critère de rattachement la dernière résidence habituelle, comme le prévoit le règlement européen, mais le dernier domicile, fait que la révision n'atteindra pas entièrement ses objectifs d'harmonisation. En particulier, des conflits de compétence positifs resteront envisageables.

Par ailleurs, il est regrettable que l'art. 90 al. 1 AP-LDIP ne prévoie pas une réserve en faveur du droit du lieu de situation en cas d'application de l'art. 86 al. 2 AP-LDIP, à l'instar de ce qui est prévu pour l'art. 86 al. 3 AP-LDIP à l'art. 90 al. 2 AP-LDIP. Il est en

effet courant que la revendication de compétence implique une revendication de droit applicable.

Art. 90 al. 2 AP-LDIP

Le texte n'indique pas expressément si, comme pour la prorogation de for, l'élection de droit peut s'appliquer à une partie de la succession seulement. Tel semble être le cas au vu de la référence faite à l'art. 86 al. 3 AP-LDIP, du texte de l'art. 87 al. 2 AP-LDIP, de celui de l'art. 94 al. 2 AP-LDIP et du rapport explicatif. Le Conseil d'Etat estime que cette possibilité serait source d'une grande complexité juridique et pourrait occasionner de nombreux litiges. Il y est donc défavorable. Quoi qu'il en soit, si telle devait être la volonté du législateur, il y aurait lieu de le préciser dans le texte légal, comme c'est le cas à l'alinéa 3 nouveau de l'art. 86 AP-LDIP.

Pour illustrer les difficultés à craindre, il serait semble-t-il concevable qu'une succession soit soumise à plusieurs droits étrangers (art. 90 al.2 AP-LDIP), alors que la capacité de tester serait définie par un autre droit (art. 94 al. 1 AP-LDIP), différant de celui réglant la forme du testament (art. 94 al. 4 AP-LDIP), ce dernier étant lui-même distinct du droit applicable aux modalités d'exécution (art. 92 al. 2 AP-LDIP).

La rédaction de l'art. 90 al. 2 pose également un autre problème : cette disposition ne contient en effet pas de limite s'agissant de la mise en œuvre des règles impératives de droit suisse, en particulier de l'institution de la réserve héréditaire. A cet égard, la question de savoir si ladite réserve doit être considérée comme d'ordre public demeure ouverte, en particulier à la lecture du rapport explicatif mentionnant en page 18 qu'il faut adopter, à ce sujet « *un point de vue nuancé, difficile à codifier de manière abstraite dans une norme légale* ». Inévitablement, cette imprécision de la loi donnera matière à interprétation lorsque des ressortissants double nationaux choisiront l'application d'un droit étranger qui, par hypothèse, ne protégerait pas la réserve héréditaire de la même manière que le droit suisse, voire même l'exclurait totalement. Il conviendrait de clarifier ce point.

On remarque enfin que le choix accordé aux ressortissants d'une nationalité étrangère de désigner des autorités et un droit étranger pour régler leur succession, avec potentiellement des conséquences sur la réserve (cf. paragraphe précédent), n'est pas reconnu aux personnes disposant uniquement de la nationalité suisse. Il en découle une certaine inégalité, a fortiori si la protection de la réserve héréditaire n'est pas clairement identifiée comme faisant par l'ordre public suisse. Ainsi, dans un couple domicilié en Suisse, un conjoint double-national pourrait soumettre sa succession à un droit étranger qui ne connaît pas la réserve successorale, tandis que le conjoint qui n'a que la nationalité Suisse n'aura pas cette possibilité. La volonté de supprimer une relative inégalité de traitement découlant de la loi actuelle aboutit donc à un nouveau déséquilibre.

Art. 90 al. 3 AP-LDIP :

Si cette disposition fait sens lorsqu'elle régit le traitement des ressortissants d'Etats appliquant le règlement européen – l'art. 22 §1 du règlement européen prévoyant qu'une personne peut choisir la loi de l'Etat dont elle possédait la nationalité au moment où elle

a fait ce choix – elle risque en revanche de créer des conflits de compétence négatifs pour les ressortissants d'Etat tiers. Il n'est en effet pas certain que tout pays accepte de traiter une succession d'une personne qui ne serait plus son ressortissant ni domiciliée ou résidente sur son territoire.

Le Conseil d'Etat observe également en lien avec ce qui précède (article 90 AP-LDIP dans son ensemble), que les nouvelles dispositions prévoient un certain élargissement des possibilités offertes en matière d'élection de for et de droit, notamment pour les binationaux. Il considère qu'il aurait été souhaitable de réserver *expressément* à l'art. 90 LDIP la non application du for ou du droit élu en cas d'abus de droit, notamment lorsque le choix a pour seul but de contourner la loi suisse, en particulier les dispositions sur les réserves successorales, comme cela avait d'ailleurs été proposé au groupe d'experts (cf. rapport explicatif p.19).

Art. 91 al. 2 AP-LDIP :

Contrairement à la formulation actuelle, l'avant-projet ne paraît plus exiger une élection de droit expresse. L'interprétation de clauses pouvant donner à penser que le testateur a entendu appliquer un droit étranger risque d'être source de litiges. Il serait judicieux de préciser ce point.

Art. 92 al. 2, 2^e phrase AP-LDIP :

Selon le rapport explicatif (p. 23), ce complément vise à préciser quels aspects de l'exécution testamentaire sont régis par le droit du lieu d'ouverture de la succession, la question étant controversée. Cette précision revêtirait une grande importance pratique pour les exécuteurs testamentaires et administrateurs nommés par les autorités publiques dans les pays de *common law*. Le rapport explicatif considère que cette solution permettra d'assimiler un *executor de common law* à un exécuteur testamentaire au sens du Code civil. De même, si un *administrator* doit être nommé, il pourra être satisfait à cette obligation en initiant une liquidation officielle au sens de l'art. 593 CC. Le Conseil d'Etat relève que cette dernière phrase ne constitue qu'une proposition et nullement une exigence légale. En effet, il appartient en principe aux héritiers ou aux créanciers de demander une liquidation officielle de la succession (art. 593, 594 et 578 CC). Or, si le coût de la liquidation officielle de la succession est à la charge de cette dernière, il appartient à celui qui la requiert d'avancer ces frais. Si un *administrator* doit être nommé d'office, c'est l'Etat qui se trouverait à supporter au final les frais d'administration en cas d'insolvabilité de la succession. De plus, il arrive souvent que les héritiers, les biens de la succession voire même l'administrateur soient à l'étranger, ce qui poserait des problèmes de recouvrement, même si la succession n'est pas insolvable. En définitive, si l'ajout proposé à l'art. 92 al. 2 LDIP n'est en soi pas critiqué, il en va différemment des remarques figurant à son sujet dans le rapport explicatif.

Art. 96 AP-LDIP :

En ce qui concerne la lettre d, la notion de « *biens successoraux isolés* » n'est pas suffisamment claire. Elle pourrait s'appliquer à des biens meubles, ce qui n'est pas opportun pour les raisons déjà évoquées dans le commentaire de l'art. 86 al. 3 AP-LDIP. Si l'on peut admettre, à cet égard, la reconnaissance de décisions de nature conservatoire, reconnaître toute décision statuant sur des biens meubles « isolés » paraît aller trop loin, au-delà même de ce qu'envisage l'art. 86 al. 3 AP-LDIP, qui prévoit seulement la possibilité de soumettre tout ou partie de la succession à la compétence d'un Etat national.

* * *

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Zug, 15. Mai 2018 hs

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (Erbrecht)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 haben Sie die Kantonsregierung des Kantons Zug im Auftrag des Bundesrates eingeladen, zum Vorentwurf betreffend die Revision der Gesetzesbestimmungen über das internationale Erbrecht (6. Kapitel IPRG) bis zum 31. Mai 2018 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung und äussern uns fristgemäss wie folgt:

I. Antrag

Die Vorlage betreffend die Revision der Gesetzesbestimmungen über das internationale Erbrecht (6. Kapitel IPRG) sei unverändert zu verabschieden.

II. Begründung

Der Kanton Zug ist ein internationaler Kanton, in welchem viele Personen mit einem Auslandsbezug wohnhaft sind. Der Regierungsrat des Kantons Zug begrüsst es daher, dass der Bund das schweizerische internationale Erbrecht mit der europäischen Erbrechtsverordnung teilweise harmonisiert, um sich widersprechende Entscheidungen zu verhindern. Sich widersprechende Entscheide sollen primär über eine bessere Koordination bei den beidseitigen Entscheidungskompetenzen durch Anpassung der Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln verhindert werden, was zu befürworten ist.

Der Regierungsrat des Kantons Zug unterstützt den vom Bundesrat ausgearbeiteten Vorentwurf zur Revision des internationalen Erbrechts (6. Kapitel IPRG).

Seite 2/2

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- ipr@bj.admin.ch (als PDF- und Word-Version)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Direktion des Innern (3)
- Staatskanzlei



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

16. Mai 2018 (RRB Nr. 439/2018)

**Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Erbrecht),
Änderung (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. Februar 2018 haben Sie uns den Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG; SR 291) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir die Vorlage als wichtigen Beitrag zur Harmonisierung des schweizerischen internationalen Erbrechts mit der Verordnung (EU) Nr. 650/2012 (Europäische Erbrechtsverordnung; EuErbVO) begrüßen. Die Rechtsvereinheitlichung in der Europäischen Union stellt die Chance dar, die Gefahr von Kompetenzkonflikten im Verhältnis zu einem Grossteil von Europa zu minimieren und dadurch Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass auf einen Wechsel des für die Zuständigkeit massgeblichen Anknüpfungspunktes von «Wohnsitz» auf «gewöhnlicher Aufenthalt» verzichtet wird. Die beiden Anknüpfungspunkte dürften ohnehin selten auseinanderfallen, sodass auf eine Anpassung an den noch nicht klar definierten und in einigen Fällen schwer bestimmbaren Begriff aus der Europäischen Erbrechtsverordnung verzichtet werden sollte. Zudem begrüßen wir, dass an verschiedenen Orten die Gestaltungsfreiheit der Erblasserin oder des Erblassers vergrössert wurde. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeit für Schweizer Doppelbürgerinnen und -bürger, ihren Nachlass einem der betreffenden Heimatrechte zu unterstellen (Art. 90 Abs. 2 VE-IPRG). Dies sorgt zudem auch für eine Gleichberechtigung mit ausländischen Doppelbürgerinnen und -bürgern, die schon nach bisherigem Recht eines ihrer Heimatrechte wählen können. Auch die Regelung, wonach Doppelbürgerinnen und -bürger den Nachlass der Zuständigkeit eines ihrer Heimatstaaten unterstellen können (Art. 86 Abs. 3 VE-IPRG), ist im Hinblick auf die Gestaltungsfreiheit der Erblasserin oder des Erblassers zu begrüßen. Dies gilt umso mehr, als dass sie auch eine Koordination mit

Art. 10 Abs. 1 lit. a der Europäischen Erbrechtsverordnung bewirkt. Zumindest die rechtskundige Erblasserin bzw. der rechtskundige Erblasser kann so einem positiven Kompetenzkonflikt durch eine Zuständigkeitswahl aktiv entgegenwirken. Allerdings ist fraglich, ob nicht eine Regelung gefunden werden sollte, die auch für die rechtsunkundige Erblasserin bzw. den rechtsunkundigen Erblasser einem positiven Kompetenzkonflikt mit der Europäischen Erbrechtsverordnung entgegenwirkt.

Zudem ist auf Folgendes hinzuweisen:

Den Ausführungen im erläuternden Bericht zum Vernehmlassungsentwurf ist zu entnehmen, dass das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement der Ansicht ist, ein im anglo-amerikanischen Rechtsraum eingesetzter *executor* oder *administrator* sei in jedem Fall im hiesigen Grundbuch als Eigentümer und daher in der Eigentümerspalte einzutragen (S. 37 f. und Fussnote 54, S. 25). Wir weisen darauf hin, dass in der Eigentümerspalte des Hauptbuches bestimmungsgemäss nur Eigentümerinnen und Eigentümer, d. h. Inhaberinnen und Inhaber des dinglichen Vollrechts einzutragen sind. Ob der ausländische *executor* oder *administrator* im konkreten Falle tatsächlich uneingeschränktes Eigentum erworben hat, kann fraglich sein und ist jeweils nach dem anwendbaren materiellen Recht zu prüfen und zu beantworten. Sollte der ausländische *executor* oder *administrator* nicht uneingeschränktes Eigentum erworben haben, fehlt es unseres Erachtens an der rechtlichen Voraussetzung, um eine solche zwischenberechtigte Person als Eigentümerin oder Eigentümer im schweizerischen Grundbuch einzutragen. Der Entscheid wird im Einzelfall auf den Grundbuchämtern zu treffen sein. Damit die Prüfung dieser Frage und damit die Grundbucheintragung ohne übermässigen Abklärungsaufwand umsetzbar ist, wäre unseres Erachtens eine Aufstellung aller Länder – bei unterschiedlichen Regelungen bezüglich aller Gliedstaaten – notwendig, die Auskunft darüber gibt, in welchen Ländern/Gliedstaaten dem «Willensvollstrecker» das dingliche Vollrecht zukommt.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



2731

fr

0

13 giugno 2018

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signora
Consigliera federale
Simonetta Sommaruga
Direttrice del Dipartimento federale
di giustizia e polizia
Palazzo federale ovest
3003 Berna

Modifica della legge federale sul diritto internazionale privato (diritto successorio): procedura di consultazione

Stimata Consigliera federale,
Gentili Signore, egregi Signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura concernente la revisione delle disposizioni sul diritto successorio della Legge sul diritto internazionale privato (capitolo 6 LDIP) e vi ringraziamo per la facoltà concessa di esprimerci in proposito.

La modifica in consultazione si è resa necessaria a seguito dell'entrata in vigore il 16 agosto 2012 del Regolamento europeo, con effetto sulle successioni a far tempo dal 17 agosto 2015, direttamente applicabile per gli Stati membri, ad eccezione di Danimarca, Irlanda e Regno Unito. Per quanto riguarda la Svizzera, ne va, però, tenuto conto nei seguenti casi: (i) il *de cuius* era cittadino svizzero e aveva la sua ultima residenza abituale in uno degli stati membri dell'UE; (ii) il *de cuius* era cittadino di uno degli stati membri dell'UE, aveva la sua ultima residenza abituale in Svizzera e ha scelto, nel testamento, come diritto applicabile alla sua successione quello dello stato del quale era cittadino; (iii) il *de cuius* aveva la sua ultima residenza abituale in Svizzera e ha lasciato beni in uno o più stati membri dell'UE.

La mozione 12 dicembre 2014 presentata dal consigliere agli Stati Luc Recordon incaricava il Consiglio federale di esaminare la possibilità di allestire una Convenzione internazionale sulle successioni a seguito dell'entrata in vigore del Regolamento. La mozione è stata però respinta dal Consiglio nazionale.

La modifica della Legge federale sul diritto internazionale privato (LDIP) in consultazione si prefigge perciò, quale obiettivo, l'armonizzazione del diritto internazionale privato con il Regolamento per evitare conflitti di competenza positivi a seguito di dissimilarità, seppur di dettaglio, fra il diritto interno e il diritto europeo. L'avamprogetto presentato inoltre incorpora un aggiornamento delle disposizioni alla dottrina dominante e alla giurisprudenza recente.

Con l'avamprogetto si vogliono eliminare alcune incertezze quanto all'attribuzione della competenza in ambito successorio transfrontaliero. Dalla dottrina viene data la possibilità agli ereditandi stranieri di prorogare il foro e si precisa la descrizione dei casi di competenza sussidiaria delle autorità svizzere (86 cpv. 4; 87 cpv. 1; 88 cpv. 1). Viene inoltre dato maggiore margine di manovra all'ereditando attribuendogli la possibilità di trasferire la competenza in un contesto dove determinante è la cittadinanza al momento della scelta del diritto (86 cpv. 3, 90 cpv. 3, 95 cpv. 3bis). Viene data la possibilità di fare salva la competenza dello Stato estero se

la successione è sottoposta al diritto svizzero (87 cpv. 2, 90 cpv. 2, 94 cpv. 2, 95 cpv. 1 e 3bis, 96 cpv. 1 lett. c). In aggiunta si adegua la prassi attribuendo maggiore margine di manovra quanto alla competenza sussidiaria delle autorità svizzere (87 cpv. 1, 88 cpv. 1). Si conferisce, secondo il diritto svizzero, lo statuto di esecutore testamentario / amministratore della successione alle figure previste dalla legislazione straniera applicabile (92 cpv. 2, 96).

Sono stati apportati sette adeguamenti al diritto applicabile (90 cpv. 2, 94 cpv. 1-3, 95 cpv. 1, 3 e 3bis), ossia: (1) anche persone con doppia cittadinanza possono scegliere il diritto di un proprio Stato nazionale estero; (2) la scelta di un diritto nazionale è valida se l'ereditando era cittadino dello Stato scelto al momento della redazione dell'atto; (3) per il testamento è determinante l'ultimo domicilio al momento della redazione dell'atto; (4) per i contratti successori viene data la possibilità di scelta del diritto applicabile; (5) i testamenti reciproci non sono più trattati alla stregua di contratti successori, salvo se l'accordo è vincolante; (6) per i testamenti e i contratti successori il diritto applicabile non vale per le questioni riguardanti la legittima, (7) mentre il riferimento all'ultimo domicilio e alla competenza restano invariati.

In definitiva riteniamo il presente avamprogetto di modifica opportuno e giustificato, in quanto permetterà di armonizzare parzialmente il diritto internazionale in un settore, quello successorio, che necessitava da tempo una revisione del capitolo 6. Le norme del diritto successorio hanno visto poche modifiche dalla loro entrata in vigore nel 1907 e non tengono evidentemente conto dei grandi cambiamenti sociali, familiari e soprattutto di mobilità a livello europeo e internazionale avvenuti da allora. Le modifiche proposte permetteranno di facilitare il compito dei tribunali civili chiamati a decidere sui procedimenti successori e le controversie ereditarie ed evitare così conflitti di competenza o decisioni contraddittorie e rafforzare la certezza e la sicurezza del diritto nei cittadini del nostro Paese. Esprimiamo quindi la nostra integrale adesione in punto al documento sottopostoci, sul quale non abbiamo particolari osservazioni, confidando che la prospettata revisione della LDIP si dimostrerà atta a raggiungere gli scopi prefissati.

Vogliate gradire, stimata Consigliera federale, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

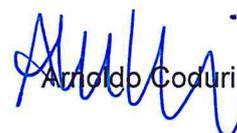
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnaldo Coduri

Copia per conoscenza:

- Direzione del Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in Internet.

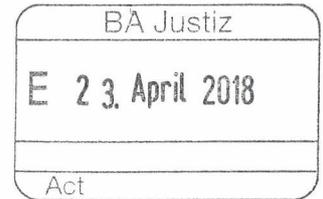


Conseil d'Etat
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2018.01399



Madame
Simonetta Sommaruga
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral
3003 Berne

Références SH/nf
Date 18 AVR. 2018

Modification de la loi fédérale sur le droit international privé (successions) Procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté sur la modification de la loi fédérale sur le droit international privé en matière successorale.

Au vu de la mobilité géographique actuelle de la population, nous saluons le but de la modification de la loi sur le droit international privé (LDIP), à savoir éviter des décisions contradictoires en matière de successions internationales, grâce à l'harmonisation partielle du droit suisse avec le règlement européen n°650/2012, entré en vigueur le 16 août 2012.

Cette harmonisation représente une opportunité de minimiser le risque de conflits avec une grande partie de l'Europe et d'offrir aux citoyens davantage de sécurité juridique et de prévisibilité dans le déroulement de leur succession.

Nous relevons également l'ambition du projet, soit une révision ne se limitant pas uniquement à la coordination avec le règlement européen, mais visant également à apporter les modifications complémentaires et clarifications ressortant de la jurisprudence et de la doctrine des 29 dernières années depuis l'entrée en vigueur de la LDIP.

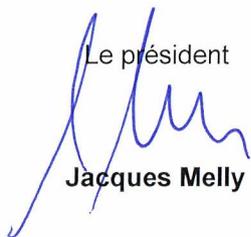
Nous constatons que la révision proposée de la LDIP maintient la notion du domicile comme critère de compétence des autorités, alors que le règlement européen parle de résidence habituelle. Ce manque de consensus autour d'une seule notion peut représenter un risque, si ces deux lieux devaient être différents l'un de l'autre, lors d'un règlement successoral.

S'agissant de la possibilité d'offrir aux ressortissants étrangers la possibilité d'une prorogation de for en faveur des autorités de leur Etat national, il peut paraître en effet indiqué qu'ils aient la même autonomie privée que les citoyens suisses mais nous nous questionnons quant au fait que, dans certains cas - comme mentionné dans le rapport explicatif - "*cela leur permettra d'éluider des dispositions impératives du droit successoral suisse*".

Nous regrettons que la scission de la succession soit examinée dans le cadre de la révision actuelle du droit successoral dans le code civil et n'ait pas pu faire l'objet d'un examen plus approfondi dans le cadre de la présente procédure de consultation.

Enfin, nous nous demandons s'il n'aurait pas fallu adopter une conception plus étendue dans le cadre du projet législatif soumis, à savoir exiger un lien entre prorogation de for et élection de droit, impliquant pour la Suisse de veiller à la conjonction du jus et du forum.

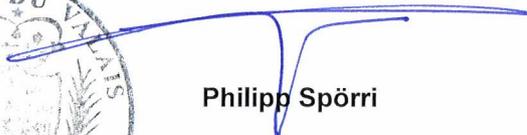
Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

Le président

Jacques Melly

Au nom du Conseil d'Etat



Le chancelier


Philipp Spörri